

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Montag, dem 07.12.2009, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:45 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	186/2009 4
2.	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung	185/2009 5
3.	Jahresabschluss 2008 hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2008	187/2009 6
4.	Bericht zur Haushaltssituation 2009	188/2009 7
5.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	189/2009 8
6.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen	195/2009 12
7.	Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	196/2009 13
8.	Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungsdienst"	199/2009 14

9. Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Fleischbeschau" **198/2009** 15

10. Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2008 **197/2009** 16

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Ankauf eines Grundstücks in Beckum, Auf dem Tigge **200/2009**

Anwesend:

Vorsitz	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	
Ausschussmitglieder	
Bing, Norbert	
Budde, Heinrich	
Buschkamp, Franz-Josef	
Gutsche, Guido	
Kaup, Winfried	
Kleibolde, Bernhard	
Kreft, Peter	
Kunstleben, Daniel	
Möllmann, Rolf	
Pries, Wilhelm	
Schulte, Stephan	
Stakenkötter, Catrin	
Tarnier, Hedwig	
Thiel, Joachim	
Wieland, Burkhard	
stellv. Ausschussmitglieder	
Röhl, Philipp	Vertretung für Herrn Herbert Oertker
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Boeckmann, Inge	
Ellebracht, Thomas	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Hansen, Peter Dr.	
Kemper, Friedrich	
Prinz, Rudolf	

Frau Bürsmeier-Nauert eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 26.11.2009 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1.	Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören	186/2009
-----------	--	-----------------

Frau Bürsmeier-Nauert führt Herrn Wieland, der nicht dem Kreistag angehört, in den Ausschuss ein und verpflichtet ihn. Die Mitglieder des Ausschusses erheben sich von ihren Plätzen. Herr Wieland spricht die Verpflichtungsformel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe."

2.	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und der Stellvertretung	185/2009
----	--	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgenden **Beschluss**:

Herr Kreiskämmerer Dr. Stefan Funke wird für den Finanzausschuss als Schriftführer bestellt.

Herr Dr. Funke wird vertreten durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Jahresabschluss 2008 hier: Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2008	187/2009
----	---	-----------------

Herr Dr. Funke erläutert die Vorlage. Der im Juni aufgestellte Jahresabschluss wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises Warendorf geprüft. Die Ergebnisrechnung weist einen Jahresüberschuss von 3.181.100,88 € aus. Dieser Überschuss sei aber durch Ermächtigungsübertragungen aus dem Ergebnisplan i.H.v. 2.680.090,39 € zu relativieren. Hätten diese Übertragungen bereits im Jahr 2008 zu Aufwendungen geführt, so wäre "nur" ein Überschuss von rd. 500 T€ entstanden.

Nach der Rechtsauffassung des Innenministeriums besteht nur die Möglichkeit den Überschuss der allgemeinen Rücklage zuzuführen, solange die Ausgleichsrücklage ihren vollen Bestand aufweist.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2008, der im Jahresabschluss 2008 mit 3.181.100,88 € ausgewiesen ist, wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Bericht zur Haushaltssituation 2009**188/2009**

Herr Dr. Funke erläutert die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Finanzstatusbericht zum 31.10.2009. Danach wird mit einem positiveren Ergebnis gerechnet, als noch mit dem Finanzstatusbericht zum 31.07.2009 vermittelt. Der aktuelle Finanzstatus schließt mit der Prognose eines Jahresfehlbetrages von rd. 2,4 Mio. €. Das bedeutet eine Verbesserung um rd. 800 T€ gegenüber der bisherigen Prognose. Dr. Funke weist darauf hin, dass auch die jüngsten Prognosen noch verschiedenen Unwägbarkeiten unterliegen.

Als Hauptgründe für das voraussichtliche Defizit identifiziert Herr Dr. Funke

- den Rückgang des Ausgleichsbetrages des Landes für den Fortfall des Wohngeldes um 1,4 Mio. €,
- Verschlechterungen im Personalbudget für Versorgungsleistungen von rd. 520 T€,
- Mehraufwendungen im Produkt "Pflege" von 1,4 Mio. € sowie
- Mehraufwendungen aufgrund der Kostenbeteiligung des Kreises Warendorf für Unterkunft und Heizung und einmalige Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – von rd. 1 Mio. €

Zu dem positiveren Bild im Vergleich zur letzten Prognose haben insbesondere Verbesserungen auf der Ertragsseite beigetragen.

Für den Haushalt 2010 kann Herr Dr. Funke drei Erkenntnisse aus dem Finanzstatus gewinnen:

1. Die Verbesserung bei den Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung für Kinder von 210 T€ jährlich wird auch in den Folgejahren entlastend auf die Jugendamtsumlage wirken.
2. Der Ausweis höherer Transfererträge im Produkt "Unterhaltsvorschuss" wird – trotz der nötigen Wertberichtigungen - voraussichtlich auch in den Folgejahren zu Verbesserungen führen.
3. Da das Defizit nunmehr nicht so hoch prognostiziert wird, wie im Sommer befürchtet, kann mit einem höheren Stand der Ausgleichsrücklage im Jahresabschluss 2009 gerechnet werden. Dieser Mehrbetrag steht dann für den Ausgleich des Haushaltes 2010 zur Verfügung.

Frau Tarner erkundigt sich nach den Wertberichtigungen von Forderungen und fragt, ob darin auch Wertberichtigungen von Forderungen aus Unterhaltsansprüchen enthalten sind, die der Kreis aufgrund des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) geltend macht. Es wird bestätigt, dass auch Forderungen nach dem UVG im Wert berichtigt wurden.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

5.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	189/2009
-----------	---	-----------------

Frau Bürsmeier-Nauert ruft die Teile des Haushaltsplanes 2010 mit Anlagen, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen, zur Beratung auf.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes werden auch die Anfragen und Anträge der Fraktionen beraten, soweit sie in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen.

Frau Stakenkötter erläutert die Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.11.2009 zu einer Wiederbesetzungssperre und einem vorübergehenden Beförderungsstopp.

Herr Dr. Funke erläutert die Auswirkungen der angefragten Personalmaßnahmen.

Eine formelle Wiederbesetzungssperre gibt es derzeit beim Kreis Warendorf nicht. Es wird vielmehr im Einzelfall geprüft, ob bei einer Vakanz das Aufgabenumfeld und die Personalsituation im betroffenen Bereich eine sofortige Wiederbesetzung erforderlich machen oder ob die Stelle auch für einen begrenzten Zeitraum unbesetzt bleiben kann. Finanzielle Auswirkungen ergeben sich im Falle einer Wiederbesetzungssperre auch nur dann, wenn ein Mitarbeiter aus dem Beschäftigungsverhältnis des Kreises Warendorf ausscheidet. Bei einer Wiederbesetzungssperre von – zusätzlich – sechs Monaten ergeben sich Einsparungen von durchschnittlich 30 T€ je Einzelfall. Der genaue Betrag ist von verschiedenen Faktoren abhängig, z.B. Besoldungsstufe, Alter und Familienstand.

Bei Aussetzung der Beförderungen für ein Jahr (bzw. für 6 Monate) könnten sich Einsparungen von ungefähr 50 T€ (bzw. ca. 25 T€ für 6 Monate) ergeben.

Auf Nachfrage von Herrn Bing stellt Herr Dr. Funke dar, dass die Beförderungen in der Regel alle Laufbahngruppen betreffen. Die Verteilung schwankt aber von Jahr zu Jahr.

Sodann erläutert Frau Stakenkötter den dritten Punkt der FDP-Anfrage, der sich auf die Auswirkungen einer Kürzung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 10 % bezieht. Sie konkretisiert, dass insbesondere Kürzungen bei Reisekosten, Fortbildungen und Geschäftsaufwendungen gemeint waren.

Herr Dr. Funke erläutert, dass sich unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen Ansätze aus allen Bereichen der Verwaltung befinden. Dazu zählen auch die Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit einem Betrag von fast 34 Mio. €, der Sitzungsaufwand des Kreistages und seiner Gremien mit rd. 580 T€ und eine Fülle weiterer Posten. Die Auswirkungen einer pauschalen Kürzung wären derart vielfältig, dass sich die Anfrage pauschal nicht beantworten lasse.

Herr Kreft äußert die Meinung, dass Überlegungen zur Kürzung von sonstigen ordentlichen Aufwendungen in einem Konzept zur Aufgabenkritik einfließen könnten.

Zum Produkt Informationstechnik erläutert Herr Ellebracht ausführlich die Kostenentwicklung der Informationstechnologie beim Kreis Warendorf.

Herr Röhl erläutert den Antrag der FWG-Fraktion zum Verzicht auf den Ausdruck der "Presserückschau" u.a. und zur Erarbeitung eines Informationskonzepts. Ziel sei es durch Nutzung der modernen Medien Papier und Portokosten einzusparen und die Umwelt zu schonen.

Der Antrag wird ausführlich beraten. Frau Bürsmeier-Nauert stellt Einvernehmen fest, dass zunächst beginnend mit der "Presserückschau" der bisherige postalische Versand umgestellt werden soll und im Übrigen die Verwaltung zunächst mit der Erstellung eines "Informationskonzepts" beauftragt wird.

Frau Tarner und Herr Thiel sind damit einverstanden, dass die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2009 zur Vollstreckung von Außenständen schriftlich beantwortet wird (*Die Stellungnahme der Verwaltung wurde der Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 10.12.2009 zugestellt. Die Vorsitzenden der übrigen Kreistagsfraktionen erhielten eine Kopie zur Kenntnis.*)

Herr Thiel begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2009 zur Einstellung von fünf weiteren hauptamtlichen Rettungsassistenten. Er weist u.a. auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hin, die im Ergebnis eine Kürzung der Arbeitszeit je Vollzeitkraft um 11 % bewirkt habe. Frau Tarner weist ergänzend auf den hohen Krankenstand in den Rettungswachen hin, der sich aus dem Personalbericht des Kreises Warendorf ergäbe.

Herr Dr. Funke erklärt, dass bei den anstehenden Überlegungen zum Personalabbau der Rettungsdienst ausgenommen sei. Auf die Rechtsprechung des EuGH hat die Verwaltung frühzeitig reagiert und nach der Umstellung auf die 48-Stunden-Woche (vorher 54 Stunden) zum 01.01.2007 fünf zusätzliche Stellen geschaffen und Mitarbeiter eingestellt.

Herr Dr. Hansen erläutert, dass zwischen den Stellen laut Rettungsdienstbedarfsplan und der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter immer schon Differenzen bestanden. Das Personalkonzept sieht dafür den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften, Zivildienstleistenden und Praktikanten, die als Rettungsassistenten ausgebildet werden, vor. Nachdem 2007 / 2008 fünf zusätzliche hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt und drei Praktikantenstellen eingerichtet wurden, sollen 2010 ein weiterer hauptamtlicher Mitarbeiter eingestellt und drei weitere Praktikantenstellen eingerichtet werden. Die Praktikumsstellen werden mit Personen besetzt, die ihre theoretische Ausbildung zum Rettungsassistenten absolviert haben und ihre Ausbildung mit einem Jahrespraktikum abschließen. Trotz der personellen Verstärkungen wird die Personalsitua-

tion ständig beobachtet um kurzfristig auf besondere Bedarfe reagieren zu können. Derzeit wird aber kein Bedarf für fünf zusätzliche hauptamtliche Mitarbeiter gesehen. Sollten ab dem Jahr 2011 keine Zivildienstleistenden mehr zur Verfügung stehen, würde sich die Situation aber grundlegend ändern.

Herr Bing erklärt sich mit den dargelegten Personalplanungen der Verwaltung einverstanden. Er regt an, dass die Verwaltung über die weiteren Entwicklungen berichtet. Außerdem geht er davon aus, dass die Verwaltung stets die rettungsdienstliche Versorgung sicherstellt.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2009 auf Einstellung von fünf weiteren hauptberuflichen Rettungsassistenten

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen

Sodann werden die Anträge zur Aufgabenkritik von den Fraktionen der CDU (Antrag vom 28.11.2009 auf Überprüfung von Standards u.a.), der FWG (Anträge vom 30.11.2009 zur Aufgabenkritik des gesamten Personaleinsatzes und zur Einsparung bzgl. aller freiwilligen Leistungen unter Einbeziehung der GWK) und der FDP (Antrag vom 02.12.2009 zur Gesprächsrunde der Bürgermeister und der Kreisverwaltung) diskutiert.

Herr Kreft kann sich dem Wunsch der Städte und Gemeinden, die Aufgaben des Kreises kritisch zu untersuchen, anschließen. Er sieht aber Probleme in der Forderung nach pauschalen Kürzungen. Auch hält er eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Aufgabenkritik für nicht notwendig. Hier solle vielmehr die Verwaltung eigenständig Vorschläge erarbeiten. Wichtig sei allerdings, dass die Verwaltung bis zur Sommerpause ihre Vorschläge zur Diskussion stellen kann.

Frau Tarner sieht den CDU-Antrag positiv, bemängelt allerdings die pauschale Zielvorgabe von fünf einzusparenden Stellen. Sie regt an, auch Potentiale auf der Ertragsseite zu prüfen.

Herr Gutsche betont, dass die Aufgabenkritik nicht nur auf Einschränkungen zielen solle, sondern dass durch eine veränderte Aufgabenwahrnehmung, z.B. durch Kooperationen, auch Verbesserungen erzielt werden können.

Frau Stakenkötter unterstützt den CDU-Antrag. Des Weiteren hält sie aber an dem FDP-Antrag zur Ergänzung der Gesprächsrunde zwischen den Bürgermeistern und der Kreisverwaltung um jeweils einen Vertreter der Kreistagsfraktionen fest.

Herr Kaup macht deutlich, dass er von der Verwaltung eine ernsthafte Prüfung aller Konsolidierungsmöglichkeiten erwarte. Daher habe der CDU-Antrag auch eine konkrete Zahl von fünf einzusparenden Stellen für den Stellenplan 2011 enthalten. Dies müsse aber nicht so eintreten. Der Antrag wird daher geändert und ergebnisoffen gestellt.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2009 zur Überprüfung von Standards in allen Aufgabenbereichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Röhl zieht die Anträge der FWG vom 30.11.2009 zur Aufgabenkritik des gesamten Personaleinsatzes und zur Einsparung bzgl. aller freiwilligen Leistungen unter Einbeziehung der GWK zurück.

Frau Bürsmeier-Nauert lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Antrag der FDP-Fraktion vom 02.12.2009 zur Gesprächsrunde der Bürgermeister und der Kreisverwaltung

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Herr Dr. Funke erläutert den Vorschlag zur Änderung des Haushaltsplanentwurfes 2010 (Tischvorlage zu TOP I/5). Im Ergebnis können die kreisangehörigen Städte und Gemeinde stärker entlastet werden. Dieses Ergebnis stößt auf Zustimmung im Ausschuss.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2010, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Abschließende Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen
-----------	--

195/2009

Herr Kreft formuliert drei Anforderungen an den Haushalt 2010:

1. keine weiteren Belastungen der Kommunen,
2. eine nachhaltige Finanzplanung und
3. die Förderung einer halben Stelle für die Verbraucherberatung im Nordkreis.

Die ersten beiden Forderungen sieht Herr Kreft als erfüllt an. Im Bezug auf die Verbraucherberatung regt er aber die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Verbraucherzentrale in Ahlen an. Den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2009 zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Übernahme einer halben Beraterstelle zieht Herr Kreft für den Finanzausschuss allerdings zurück. Er kündigt an, den Antrag im Kreisausschuss erneut zu stellen.

Herr Dr. Börger weist zum SPD-Antrag zur Verbraucherberatung auf die Beratungsergebnisse im Sozial- und Gesundheitsausschuss hin. Außerdem schildert er seine vergeblichen Verhandlungsbemühungen mit den Vertretern der Verbraucherzentrale in Ahlen.

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen

2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 12.10.2009 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010 wird zusammen mit der Erwidern der Verwaltung vom 13.11.2009 zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2010 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
 6 Enthaltungen

7.	Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	196/2009
----	---	-----------------

Der Finanzausschuss fasst folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH in Höhe von 1,0 Mio. € einzugehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Rettungs- dienst"	199/2009
-----------	---	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis.**

9.	Bericht zur Entwicklung des Gebührenhaushalts "Fleisch- beschau"	198/2009
-----------	---	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis.**

10.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2008	197/2009
-----	--	-----------------

Herr Thiel erkundigt sich nach den Risiken im Zusammenhang mit der Beteiligung des Kreises an der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH (FMO) sowie nach der im Haushaltsplanentwurf eingeplanten Kapitalerhöhung an der FMO.

Herr Dr. Funke erläutert, dass die Kapitalerhöhung an den Ausbau der Start- und Landebahn gekoppelt ist. Die Entwicklung der Risiken der FMO werde über die Mitwirkung im Aufsichtsrat der Gesellschaft genau beobachtet.

Herr Dr. Börger führt aus, dass die Fluggastentwicklung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Gleichwohl erwirtschaftet die FMO relativ gute Ergebnisse. Die Gesellschafter haben seit Jahren keine Verluste übernehmen müssen. Belastend wirken die Kapitalkosten für den Terminal II, der nicht – wie bei anderen Flughäfen – durch Zuschüsse des Landes finanziert wurde.

Frau Stakenkötter erkundigt sich nach der Liquiditätsausstattung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH (gfw), nach den Personalkostensteigerungen bei der Museum Heimathaus Münsterland GmbH und nach dem Sonderposten mit Rücklageanteil in der Bilanz der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH.

Herr Dr. Funke führt den Kassenbestand / das Guthaben bei Kreditinstituten der gfw auf das in etwa gleicher Höhe vorhandene Eigenkapital zurück.

Herr Dr. Börger erläutert, dass beim Museum Heimathaus Münsterland vor einigen Jahren massiv Personalkosten eingespart wurden. Eine Erklärung zu den im Jahr 2008 gestiegenen Personalkosten werde er Frau Stakenkötter nachreichen.

Ausweislich des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH wurden dem Sonderposten mit Rücklageanteil 846 T€ aus dem Verkauf eines Grundstücks und 299 T€ aus Versicherungserstattungen für eine Lokomotive und Waggons zugeführt.

Herr Wieland erkundigt sich nach der im Lagebericht der ECOWEST Entsorgungsbund Westfalen GmbH dargestellten europaweiten Ausschreibung.

Herr Gnerlich erläutert, dass sich die Ausschreibung auf die heizwertreiche Abfallfraktion bezieht, die nicht als Brennstoff für die Zementindustrie genutzt wird. Mit der Ausschreibung habe die ECOWEST ein günstiges Ergebnis erzielt. Dies wird sich aber erst mit dem Beginn der Vertragslaufzeit, dem 01.01.2011, auswirken.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.